

Mittwoch, 10. Oktober 2007 | Titelseite

Greifswalds SPD ist gegen Kraftwerk

Greifswald Die Greifswalder SPD lehnt den geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerks in der Lubminer Heide ab. Eine Mitgliederversammlung habe sich mit großer Mehrheit gegen das Vorhaben gestellt, teilte SPD-Kreisvorsitzender Christian Pegel mit. Das Kraftwerk, erklärte er das Votum, stehe im krassen Widerspruch zu den Klimaschutz-Zielen. Es gefährde zudem die touristischen Entwicklungsmöglichkeiten der Region. Mit ihrer Ablehnung stellen sich die Greifswalder Genossen gegen die Befürworter in der SPD-geführten Landesregierung. Vorpommernweit haben sich fast alle SPD-Kreisverbände gegen das Kraftwerk gestellt.

Mittwoch, 10. Oktober 2007 | Ostvorpommern

Dicke Luft im Verband „Lubminer Heide“

Der ZV „Lubminer Heide“ macht weiter seine Schularbeiten, um die Rahmenbedingungen für den Kraftwerksbau zu schaffen. Aber es knirscht.

Lubminer Heide Der Zweckverband „Lubminer Heide“ hat Montagabend eine Ergänzung des Aufstellungsbeschlusses zur 4. Änderung des B-Planes Nr. 1 „Industrie- und Gewerbegebiet Lubminer Heide“ mit zwei Gegenstimmen beschlossen. Zuvor hatte Vorstandsvorsteher Wolfgang Woy sich zum Beschluss der Gemeinde Seebad Lubmin, der den Austritt Lubmins aus dem Zweckverband „Lubminer Heide“ zum Inhalt hat (OZ berichtete), geäußert. Woy erklärte, dass es für einen ordnungsgemäßen Austritt Lubmins aus dem Verband notwendig sei, weitere Unterlagen beim Zweckverband nachzureichen. Zudem sei eine detaillierte Erklärung zu finanziellen Auswirkungen, die in der Folge mit dem Austritt einhergehen würden, notwendig.

Der Bürgermeister des Seebades Lubmin, Dr. Klaus Kühnemann, bestritt dies. „Sie haben die Unterlagen, die Sie brauchen“, sagte er zum Vorstandsvorsteher. Alle für einen Austritt notwendigen Dokumente seien zur Kommunaufsicht des Kreises gegangen „und da gehörten sie auch hin“.

Die Zweckverbandsversammlung fand wiederum in angespannter Atmosphäre statt. Kühnemann prangerte aus seiner Sicht formelle Unzulänglichkeiten bezüglich der auf dem Tisch liegenden Beschlussvorlage an. Er verlas eine Erklärung, die er anschließend den Vorstandsvorsteher überreichte. Jener versprach, die „Mängelliste“ durchzuarbeiten und später dazu Stellung zu nehmen.

Woy hatte bereits bei seinen Informationen Pressemeldungen kritisiert, wonach Seebäder auf Rügen und Usedom (inklusive Lubmins) ihren Seebadstatus verlieren würden, sollte das Steinkohlekraftwerk nach jetzigen Kenngrößen gebaut werden. „Dies“, so Woy, „sind Falschmeldungen! Denn sie sind kein Bestandteil des Gutachtens, dessen genauer Inhalt mir vorliegt.“

Kühnemann indes verwies auf den Ückeritzer Workshop, wo das Thema Seebad-Status eine Rolle gespielt hätte. Fest stehe, so sagte Kühnemann, dass erstens der Seebadstatus Lubmins gefährdet sei. Dass zweitens der Tourismus in Lubmin um etwa 30 Prozent zurückgehen werde, sollte das Kraftwerk gebaut werden, und dass drittens „die Blaualgengefahr im Bodden sich erhöhen wird, sollte die durchschnittliche Wassertemperatur des Gewässers steigen.“

STEFAN BRÜMMER

Donnerstag, 11. Oktober 2007 | Titelseite

Kraftwerksgegner warnen vor Schäden

Greifswald „Mit einem Steinkohlekraftwerk am Bodden wird Mecklenburg-Vorpommern als Gesundheitsland disqualifiziert, das Ansehen Usedom geschädigt und der Seebadtitel Lubmins gegenstandslos“, äußerte Michael Drevlak von der Bürgerinitiative „Zukunft Lubminer Heide“ am Dienstagabend auf der gemeinsamen Sitzung von Umwelt- und Kulturausschuss der Bürgerschaft.

Nachdem die Vertreter des Investors, der dänische Energiekonzern Dong Energy, bereits Gelegenheit hatten, ihr Projekt für den Energiestandort Lubmin darzustellen, fanden es die Kraftwerksgegner nur fair, jetzt auch ihre Sichtweise in einer öffentlichen Sitzung vortragen zu dürfen. Der sehr sachlich argumentierende Michael Drevlak warf zu Beginn die Frage auf, ob das Kraftwerk für unsere Region einen Segen oder Fluch bedeute. Und kam am Ende seiner Ausführungen zu dem Schluss, dass es mit der Klimaproblematik unvereinbar sei. Allein der Ausstoß von rund zehn Millionen Tonnen Kohlendioxid verdoppele die aktuelle Umweltbelastung und könne die Schaffung von 140 Arbeitsplätzen sowie weiteren in externen Betrieben nicht aufwiegen. „Das Aufheizen der Boddengewässer wird zu einer Biotopveränderung und zu Algenwachstum führen“, so der Umweltschützer, „die Emissionen werden den Ruf der gesündesten Luft schädigen und zu spürbaren Einnahmeverlusten im Tourismus führen. Etwa 600 Arbeitsplätze sind bedroht“, befürchtet Drevlak.

Michael Woitacha, Vorsitzender der Usedomer Bürgerinitiative „Kein Kohlekraftwerk Lubmin“ pflichtete ihm bei und appellierte an die Ausschussmitglieder, „die intakten Ökosysteme auch für die nachfolgenden Generationen zu erhalten“. Ein Kraftwerk würde auch der Hansestadt „auf die Füße fallen“. Die Bürgerschaft indes hatte sich schon

Anfang Juli positioniert: Sie sprach sich, wenn auch knapp, für den Kraftwerksbau aus. Die Entscheidung selbst liegt in Schweriner Hand.

P. H.

Freitag, 12. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Grünen-Spitze unterstützt Proteste gegen Kraftwerk

Schwerin (ddp) Die Gegner des geplanten Steinkohlekraftwerks in Lubmin haben prominente Unterstützung erhalten. Wie eine Sprecherin des Landesverbandes der Grünen in Schwerin mitteilte, beteiligt sich die Spitze der Bundespartei an den Protesten gegen das umstrittene Vorhaben. Die Bundesvorsitzenden Claudia Roth und Reinhard Bütikofer sowie Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke unterstützten mit ihrer Unterschrift die Postkarten-Aktion des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) gegen den Kraftwerksbau. Die Postkarten sind an Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) adressiert. Darauf wird er aufgefordert, aufgrund befürchteter Umweltbelastungen von den Kraftwerksplänen Abstand zu nehmen.

Wochenendausgabe, 13. Oktober 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Windenergieverband gegen Steinkohlekraftwerk Lubmin

Lubmin/Rostock (dpa) Der Windenergieverband hat sich gegen den geplanten Bau eines Steinkohlekraftwerks in Lubmin ausgesprochen. In nur wenigen Jahren könne die Windkraft mehr als 50 Prozent des Stromverbrauchs in MV erzeugen, wenn die Politik die Weichen dafür stellen würde, erklärte der Landesvorsitzende des Bundesverbandes Windenergie, Andreas Jesse, in Rostock. Ein neues Steinkohlekraftwerk passe nicht zu den Zielen einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Energieversorgung in Mecklenburg-Vorpommern. Außerdem würden durch das Steinkohlekraftwerk Leitungskapazitäten im Hochspannungsnetz blockiert.

Rundfunk Berlin Brandenburg

Kontraste

Beitrag vom 11.10.2007

Das überdüngte Meer - wie die Ostsee immer mehr verdreckt

Die Bundesregierung – allen voran Kanzlerin Merkel und Umweltminister Gabriel – setzt sich öffentlichkeitswirksam für den Umweltschutz ein. Doch wenn es vor der eigenen Haustür Ernst wird, sieht alles schnell ganz anders aus. Die deutschen Landwirte machen Druck auf die Politik. Sie wollen eine Begrenzung für den Einsatz von Düngemitteln verhindern, die über Flüsse und Luft letztlich in die Ostsee gelangen. Axel Svehla und Kay Walter berichten, wer am Ende den Schaden trägt.

Vor ein paar Monaten erst hat einer der größten Umwelt-Verbände weltweit, der WWF, Deutschland gelobt: Für den gelungenen Umweltschutz an der Ostsee. Und tatsächlich: die Bundesregierung hat strenge Richtlinien aufgestellt zum Schutz der Küste und des Meeres. Ein Vorbild für alle anderen Ostsee-Länder. Doch die deutschen Ostsee-Retter sind gerade dabei, eine Menge wieder kaputt zu machen, weil ihnen die Anerkennung vom WWF eben doch nicht so wichtig ist wie die Anerkennung vom deutschen Bauernverband. Axel Svehla und Kay Walter berichten.

Till Backhaus (SPD), Minister für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern

„Mecklenburg-Vorpommern hat das sauberste Wasser Deutschlands. Mecklenburg-Vorpommern hat die reinste Luft Deutschlands und Mecklenburg-Vorpommern hat den gesündesten Wald.“

Soweit zur Postkartenidylle. Sonne, Strand und Meer im Überfluss. Mecklenburg-Vorpommern, das Erholungs- und Gesundheitsland. Doch die Ostsee droht umzukippen. Oben Algenteppiche, unter Wasser absterbende und tote Zonen.

Ob beim Gipfel in Heiligendamm, vor den schmelzenden Gletschern Grönlands oder vor den Regierenden der Welt in der UNO: Überall betont Bundeskanzlerin Angela Merkel die Notwendigkeit zu handeln.

Anfangen könnte die Bundesregierung vor der eigenen Haustür. - Denn immer häufiger zeigt die Ostsee im

Sommer eine hässliche Seite.

An der Küste vor allem eklig, bilden die Blaualgen auf dem offenen Meer breite Teppiche, die sämtlichen Sauerstoff vernichten. Ein Drama für den Fischbestand. Teile des Meeresbodens sind bereits tot, wissen renommierte Meeresbiologen. Eine Todeszone?

Christopher Zimmermann, Meeresbiologe

„Todeszone ist sicher nicht falsch, denn diese Gebiete haben einen so geringen Sauerstoffgehalt, vor allem die tiefen Becken der Ostsee, dass da tatsächlich bis auf Bakterien, die dann stinkenden Schwefelwasserstoff produzieren, nichts mehr leben kann. Was in diese Zonen gerät und nicht aus eigenem Antrieb schnell wieder raus schwimmen kann, stirbt.“

Und das ist die Ursache. Gülle, tonnenweise. Denn der Abfall der landwirtschaftlichen Massen-Tierproduktion wird als Dünger auf die Felder ausgebracht.

Nur: das Gros der Nährstoffe, die das Pflanzenwachstum auf dem Acker fördern sollen, kommt dort erst gar nicht an.

Sie versickern im Boden, werden dann über die Flüsse ins Meer transportiert oder aber sie verdampfen schon beim Versprühen über den Feldern und regnen über der Ostsee ab.

Und dort führt dieser Nährstoffeintrag zu explosionsartigem Wachstum der Algen.

Kein Ostsee-Anrainer-Staat hält sich zurück. Alle tragen tonnenweise zur Überdüngung bei: Polen, wie Schweden, die baltischen Staaten, Dänemark und Deutschland, alle vergiften die Ostsee.

Deutschland findet sich am Ende der Tabelle und steht damit relativ gut da. Denn mit 31.500 Tonnen Stickstoff und 1.200 Tonnen Phosphor verantwortet Deutschland nur einen Bruchteil der Werte von Schweden oder Polen. Doch um als Vorreiter den Umweltschutz weiter voranzutreiben, sollte Deutschland die Einträge weiter reduzieren. Denn:

Christopher Zimmermann, Meeresbiologe

„Man kann ganz allgemein sagen, dass jede Tonne Phosphor und Stickstoff, die nicht in die Ostsee gelangt, die Situation verbessert.“

Genau das versucht die EU seit Jahren zu erreichen. Ebenso der Zusammenschluss aller Ostseeanlieger, die so genannte Helsinki Commission, kurz HELCOM.

Feste Obergrenzen für das Einbringen der Düngemittelrückstände Phosphor und Stickstoff sollen vereinbart werden. Und erstmals wollen alle neun Ostsee-Staaten mitmachen.

Doch ausgerechnet Deutschland blockiert. Und das, obwohl vom bisherigen Umwelt-Primus mit Abstand die geringsten Reduktionen verlangt werden. Deutschland will auf jeden Fall feste Quoten verhindern. Allen voran: der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern.

Till Backhaus (SPD), Minister für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern

„Uns geht es darum, nicht irgendwelche Quoten festzulegen, die dann mit bürokratischem Aufwand letzten Endes bearbeitet, begleitet werden. Sondern wir wollen klare Regelungen.“

Eine Ausflucht. Und völlig absurd, denn die Quote berücksichtigt ja gerade, dass Deutschland bisher schon mehr geleistet hat als andere. Auch Falk Pollehne vom landeseigenen Institut für Ostseeforschung fordert deutsche Anstrengungen.

Dr. Falk Pollehne, Institut für Ostseeforschung

„Der Beitrag Deutschlands könnte darin liegen, in den küstennahen Bereichen, tatsächlich für einen Nährsalzregulierung einzutreten, wobei besonders die Intensivtierhaltung eine Rolle spielt. Da kann man sicher Maßnahmen ergreifen.“

Sollte man auch. Als Umweltminister weicht Till Backhaus gerne vorbildliche Projekte ein, aber als Landwirtschaftsminister in Personalunion will er feste Quoten verhindern.

Auf Betreiben von Mecklenburg-Vorpommern hat die Konferenz der Landwirtschafts-Minister der Länder vor 14 Tagen einen Beschluss gefasst: Sie erwartet von der Bundesregierung:

Zitat:

„... einen abgestimmten Vorschlag zu erarbeiten, der den bisher vorgetragenen Bedenken und den Interessen der Landwirtschaft angemessen Rechnung trägt.“

Also: Keine Einschränkung der Massentierhaltung und keine Obergrenzen für die Gülleentsorgung. So sieht es der Vizepräsident des Bauernverbands Mecklenburg-Vorpommern. Zwischen Umweltschutz und Umsatzsteigerung hat der bäuerliche Profit Vorrang – Im Zweifel muss die Bodenbeschaffenheit als

Argument erhalten.

Hans-Heinrich Rave, Vizepräsident Bauernverband MV

„Ja, ich denke, das ist absolut wichtig, dass wir keine festen Quoten haben, weil das ist absolut unpraktisch. Wir haben ja unterschiedliche Kulturen auf dem Acker, die unterschiedliche Düngeansprüche haben, so dass hier die Möglichkeit gegeben werden muss, individuell anzupassen.“

KONTRASTE

„Also Sie unterstützen Backhaus, gegen feste Quoten anzukämpfen?“

Hans-Heinrich Rave, Vizepräsident Bauernverband MV

„Auf jeden Fall.“

Der Ostsee hilft das sicher nicht. Ebenso wenig wie die Verweise des Ministers, Deutschland sei schon heute Vorreiter beim Umweltschutz und am Wenigsten verantwortlich, für die fortschreitende Zerstörung der Ostsee.

Till Backhaus (SPD), Minister für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern

„Wir haben gewaltig was getan: 2 Milliarden Investition, Reduktion der Nährstoffbilanz um deutlich über 50% in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern. Und da sage ich, da erwarte ich: andere Anrainerstaaten müssen das in gleicher Weise tun.“

„Aber Sie zeigen bis jetzt erst mal mit dem Finger auf die Anderen jetzt.“

„Nein. Ich kehre erst Mal vor der eigenen Tür. So ein Typ bin ich nun mal. Aber ich schaue mir schon an, ob die anderen Häuser ihren Vorgarten auch gefegt haben.“

Der Druck der Agrarlobby und Landesminister auf die Bundesregierung ist groß. Wenn die Beiden dem nachgeben, dann gibt es keine Einigung mit den anderen Ostsee-Anrainern.

Die Konsequenz: Selbst die schlimmsten Umweltsünder können sich hinter dem deutschen Veto verstecken. Kein Land müsste die eigenen Einträge verringern. Eine fatale Kettenreaktion.

Und das bedeutet: mehr Algen, mehr Badeverbote und vor allem zunehmendes Fischsterben.

Ende Oktober setzt sich die Bundesregierung mit den Ostsee-Bundesländern zusammen, um sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen. Und der wird dann wenig später in der internationalen Ostsee-Konferenz eine entscheidende Rolle spielen.

Beitrag von Axel Svehla und Kay Walter

Grünen-Spitze unterstützt Proteste gegen Steinkohlekraftwerk in Lubmin

"Ein Steinkohlekraftwerk bedroht wegen der negativen Auswirkung auf den Tourismus nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Region, sondern ist aus Klimaschutzgründen unverantwortlich. Wir müssen alles versuchen, diesen schwerwiegenden Fehler zu verhindern", so Ulrike Berger, Landesvorstandssprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern.

Entsprechend der überregionalen Bedeutung der Auseinandersetzung um das Lubminer Steinkohlekraftwerk beteiligt sich die Parteispitze der Bündnisgrünen an den Protesten:

Die Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Roth und Reinhard Bütikofer sowie die Bundesgeschäftsführerin, Steffi Lemke, unterstützen mit ihrer Unterschrift die Postkarten-Aktion des BUND gegen den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerks in Lubmin. "Eine gute Idee, die die Einstellung des überwiegenden Teils der Bevölkerung vor Ort widerspiegelt und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, ihre Meinung auch kund zu tun", so Berger.

Die Postkarte ist an den Landwirtschaftsminister Jürgen Seidel adressiert und fordert ihn auf, von den Plänen zu dem Klimakiller Nr. 1 in Mecklenburg-Vorpommern Abstand zu nehmen und mit seiner Politik umzuschwenken in eine Richtung, die dem Image des Landes als Gesundheitsland keinen Schaden zufügt.

Weitere Informationen unter:

<http://vorort.bund.net/mv/naturschutz/steinkohle/mailaktion.htm>

<http://www.kein-kohlekraftwerk-lubmin.de>

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Herzliche GrüßeSabine Ohse
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bündnis 90/Die Grünen
Landesgeschäftsstelle MV
Großer Moor 34
19055 Schwerin
Tel. 0385/5574 -991 und - 356